

Bürokratieabbau: Die papierlose Verwaltung

Lukas Fässler
Rechtsanwalt
Präsident Verein Schweiz. Städte- und Gemeinde-Informatik SSGi

Verein SSGi

- Nicht gewinnorientierte Kooperationsgemeinschaft von öffentlich-rechtlichen ICT Service-Dienstleistern (ILZ OW/NW, KSD SH, VRSG, AR Informatik AG, IG Zuger Gemeinden, Luzerner Gemeinde-Informatik) für Städte und Gemeinden.
- Strategische und operative Zusammenarbeit in allen ICT-Fragen zur Erreichung wirtschaftlicher Prozesse, kostengünstiger Applikationen und wirtschaftlichen Betriebsaufwendungen.
- Rund 660 Städte und Gemeinden sind Kunden dieser Service-Dienstleister.

Begrifflichkeiten

Bedeutet „papierlose Verwaltung“

- Verwaltung (Bund, Kantone, Gemeinde mit ihren Dienststellen) arbeitet ausnahmslos ohne Papier?
- Verwaltung tauscht Informationen mit anderen Verwaltungen papierlos aus?
- Verwaltung kommuniziert mit den Einwohnern und den Unternehmungen ausnahmslos ohne Papier?
- Ist die Alternative zu papierlos immer nur elektronisch?

Fokus

- Praktisch alle staatlichen Aufgaben werden heute schon durch ICT-Fachapplikationen unterstützt.
- Alle geschäftsrelevanten Informationen für die Aufgabenerfüllung der Verwaltung liegen praktisch zu 100% in elektronischer Form vor (Fachapplikationen mit Daten).
- Für die Aufgabenerfüllung bräuchte es somit eigentlich kein Papier mehr.
- Ist die Kommunikation / Interaktion zwischen Verwaltung – Einwohnern/Unternehmungen schuld, dass es noch immer viel Papier im Rahmen von Verwaltungstätigkeiten gibt?

Bürokratieabbau

- Politische Forderungen nach Bürokratieabbau, Verschlankung des Staates, Vereinfachung der Abläufe, Automatisierung der Verwaltungstätigkeiten.
- Politische Forderungen nach Bürokratieabbau und Reduktion des Administrationsaufwandes für Einwohner und Unternehmen.
- Papierlosigkeit beinhaltet letztlich die Forderung nach Effizienz und Effektivität in der Aufgabenerfüllung und der Zusammenarbeit zwischen Staat, Einwohnern und Unternehmungen.

Zielsetzungen

- Nicht die papierlose Verwaltung ist das Ziel
 - Medienbruchfreie Transaktionen in bereits vollständig digitalem Datenumfeld durch automatisierten Datenaustausch, automatisierte Datenbereitstellung und automatisierte Datenbearbeitung
-
- | | |
|---------------------------------|---------------------------|
| • Verwaltungen mit Verwaltungen | G2G _{Government} |
| • Verwaltungen mit Unternehmen | G2B _{Business} |
| • Verwaltungen mit Einwohnern | G2C _{Consumer} |

Künftige Grundsätze

- Vorhandene Daten durch Verwaltungen bereitstellen und nicht ständig wieder neu von Einwohnern und Unternehmungen erheben.
- Bringschuld nicht Holschuld bezüglich aller bereits vorhandenen Daten für die Verwaltungen.
- Automatisierte Prozesse einsetzen, welche Berechnungen, Plausibilisierungen oder Entscheidungen vorbereiten, die nur noch zu validieren sind.
- Beispiele: Steuerveranlagungen nat. oder jur. Personen/
Grundstückgewinnsteuerveranlagungen / Baugesuche / Schätzungen von Gebäuden / Fahrzeugprüfungen etc.

Datenschutz und Datensicherheit

- Alles unter Einhaltung des Datenschutzes - Vorwand ?
- Mit der Einwilligung des Betroffenen ist keine gesetzliche Grundlage für Datenaustausch nötig.
- Gesetze und Verordnungen können auch angepasst werden, wenn gesetzliche Grundlagen fehlen (Baugesuche eigenhändig unterzeichnen – Abschaffen – digitale Signaturen einsetzen (Art. 14 Abs. 2bis OR)).
- Verschlüsselung der Kommunikation wird zum Standard (Datenschutz-Grundverordnung EU, neues DSG CH, Wirtschafts- und Staats-Spionage etc.).
- E-Mailverkehr wird in Zukunft nur noch verschlüsselt abzuwickeln sein (Wahrung von Amts- oder Berufsgeheimnissen).

OW: Neuregelung der Grundstückschätzung

- Grundeigentümer müssen den Steuerwert ihrer Liegenschaft sowie den daraus errechneten Eigenmietwert jährlich versteuern.
- Für die Festlegung des Steuerwerts bedarf es einer Schätzung des Grundstücks.
- Die Art und Weise des Bauens und der Wert des Bodens haben sich seit der letzten Gesamtrevision stark verändert. Die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen sind für die heutige Bauweise veraltet und erschweren zeitgemässe Schätzungen.
- Mit der Neuregelung können die Grundstückschätzungen wieder auf einen einheitlichen Stand gebracht werden.
- Das Gesetz über die Neuregelung der Grundstückschätzungen sieht vor, die Schätzungen von nichtlandwirtschaftlichen Liegenschaften künftig nicht mehr vor Ort, sondern vorwiegend mittels formelmässiger Bewertung unter Mitwirkung der Grundeigentümer durchzuführen.

**Kantonale Volksabstimmung
vom 30. November 2014**

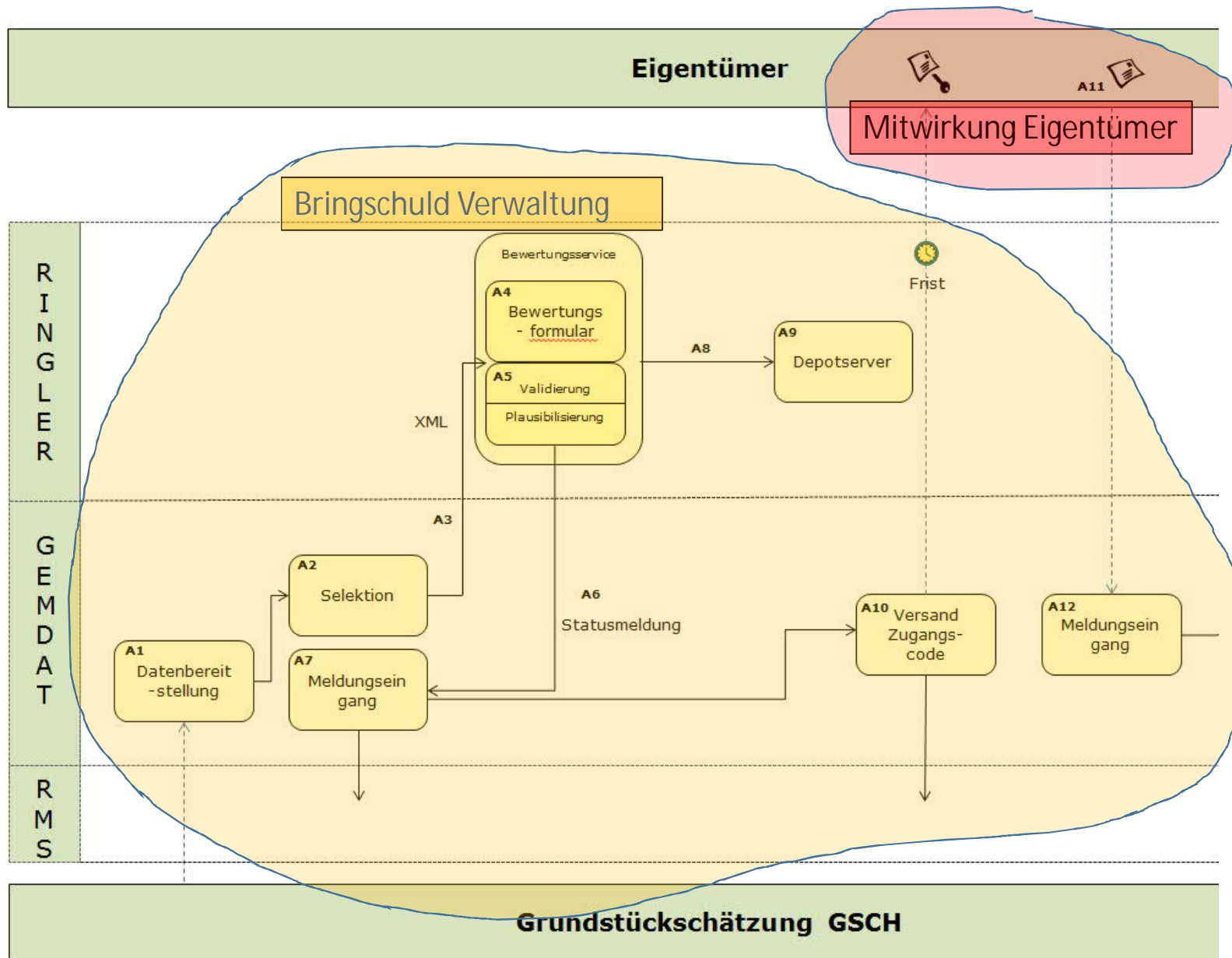
Erläuterungen des Regierungsrats

Gesetz über die Neuregelung der Grundstückschätzungen

Informationen zur Vorlage	Seiten	3 - 15
Abstimmungsvorlage	Seiten	16 - 29



Kanton
Obwalden



Kernideen der Neuschätzung

Schritt 1: Bereitstellung aller verfügbaren Informationen durch Verwaltung

- Zur Festlegung des Steuerwertes generiert die Steuerverwaltung pro Grundeigentümer (mit einer oder mehreren Liegenschaften) eine vorausgefüllte Datensammlung. Dazu sind Angaben wie Landwert in Zone, Gebäudewert, Gebäudekubatur, Baujahr, allfällige Umbau- oder Anbauarbeiten notwendig.
- Bereits heute verfügt die Steuerverwaltung über die meisten dieser Angaben.
- Die fehlenden Angaben werden nach Möglichkeit von Amtsstellen des Kantons oder der Gemeinden beschafft (gesetzliche Grundlage).

Schritt 2: Validierung und Kontrolle durch Steuerpflichtigen

- In einem zweiten Schritt kommt dem Grundeigentümer eine Mitwirkungspflicht zu.
- Auf ein Online-Portal mit individuellem Zugangscode werden die vorerfassten Angaben zur Kontrolle und allenfalls zur Korrektur sowie die fehlenden Angaben zur Ergänzung durch den Grundeigentümer bereitgehalten.
- Innert Frist sind die Daten vom Grundeigentümer nur noch zu validieren und freizugeben.

Das ist papierlose Verwaltung

- Was die Verwaltung hat, sammelt sie und stellt die Daten zur Verfügung -> automatisierter digitaler Vorbereitungsprozess.
- Einwohner/Unternehmen erhält einen Datenservice zur Prüfung und Validierung.
- Automatische Plausibilitätskontrollen, Parameterwerte (z.B. Grundstückspreis pro Zone oder Gebiet etc.) werden in der Fachapplikation bereitgestellt.
- Keine physischen Schätzer mehr vor Ort nötig.
- Einsparungen für Wegfall Vorortschätzungen CHF 9.1 Mio.
- Topaktuelle Selbstveranlagungsinformationen innert kürzester Zeit.

Zukunftsperspektiven



Künstliche Intelligenz und selbstlernende Roboter werden in der Lage sein, hochstehende analytische Arbeiten, welche heute von Fachspezialisten ausgeführt werden, vollautomatisch durchzuführen.

Industrie 4.0



Es wird alle Stufen der Aufgabenerfüllung in der Verwaltung erfassen (Prüfung von Baugesuchen, Fahrzeugprüfungen, Fahrerzulassungen, Steuerveranlagungen, Erteilen von Bewilligungen; selbst Gerichtsentscheide).

Das Internet der Dinge



Überall da, wo Systeme über sehr grosse Datenbestände verfügen und selbstlernende künstliche Intelligenz und Analysewerke einsetzen können, werden Entscheidungen substituierbar werden.

Beispiel: Notfallabteilung eines Unispitals in der CH

Das ist papierlose Verwaltung

- Was die Verwaltung hat, sammelt sie und stellt die Daten zur Verfügung -> automatisierter digitaler Vorbereitungsprozess.
- Einwohner/Unternehmen erhält einen Datenservice zur Prüfung und Validierung.
- Automatische Plausibilitätskontrollen, Parameterwerte (z.B. Grundstückspreis pro Zone oder Gebiet etc.) werden in der Fachapplikation bereitgestellt.
- Keine physischen Schätzer mehr vor Ort nötig.
- Einsparungen für Wegfall Vorortschätzungen CHF 9.1 Mio.
- Topaktuelle Selbstveranlagungsinformationen innert kürzester Zeit.

Zusammenfassung

- Es geht nicht um papierlose Verwaltung.
- Es geht um automatisierte digitale Datenerhebungs- und Datenaustauschprozesse.
- Verwaltung soll vermehrt als Datenbereitstellerin arbeiten.
- Einwohner und Unternehmungen sollen einen Datenservice erhalten und notwendige Angaben – soweit vorhanden – nicht jedesmal neu erfassen müssen.
- Die echte Herausforderung der Zukunft sind intelligente Roboter, die in der Lage sind, Entscheidungen aus einer riesigen Datenmenge zu verarbeiten und bisherige auch höherwertige Denkarbeit und Entscheidungen zu ersetzen.
- WEF World Economic Forum 2017 vom 16. - 20.01.2017.